

Die Einstaaten-Perspektive muss jetzt die Mainstream-Diskussion prägen

Awad Abdel-Fattah und Jeff Halper, Electronic Intifada 17. 12.20

Der so genannte „palästinensisch-israelische Konflikt“ ist oft als einer der unlösbarsten der modernen Weltgeschichte dargestellt worden. Ein Grund dafür ist eben, dass er fälschlicherweise als Konflikt analysiert wurde und deshalb die vorgeschlagenen „Lösungen“ und „Friedensprozesse“ scheiterten.

Es handelt sich nicht um einen Konflikt. Es gibt keine zwei Seiten, die um irgendeine Frage kämpfen, die durch technische Verhandlungen und Kompromisse gelöst werden kann. Vielmehr war - und ist - der Zionismus ein siedlerkoloniales Projekt.

Es verlangt die Anerkennung, dass die kolonisierte Bevölkerung mit gleichem Recht den Aufbau des postkolonialen Gemeinwesens bestimmt.

Jüdische (zionistische - Pako) Siedler kamen aus Europa nach Palästina mit der Absicht, das Land zu übernehmen und es sich anzueignen. Wie alle Siedlerbewegungen brachten sie ein Narrativ mit, wonach das Land eigentlich ihnen gehöre, und sie verfolgten ihren Anspruch eigenmächtig.

Die einheimische palästinensische Bevölkerung (zu der sephardische, mizrachische und ultra-orthodoxe Juden gehörten) hatte in diesem Prozess keine Stimme; sie waren keine „Seite“, sondern einfach eine Bevölkerung, die man loswerden wollte.

Das gilt bis heute, denn das zionistische Siedlerprojekt hat seine Aufgabe, Palästina zu judaisieren, ein arabisches Land in ein jüdisches zu verwandeln, praktisch abgeschlossen. Seine unausweichliche Konsequenz ist die Apartheid: die Palästinenser sollen in unzusammenhängende und verarmte Enklaven gezwängt werden, die über 15 Prozent ihres Landes verstreut sind.

Siedlerkolonialismus und Apartheid können aber nicht über Verhandlungen und Kompromisse überwunden werden. Ein Volk kann nicht seine grundlegenden menschlichen, nationalen, politischen und bürgerlichen Rechte zum Verhandlungsgegenstand machen. Der einzige Weg aus einer kolonialen Situation führt über einen Prozess der Dekolonisierung.

Was bringt das mit sich? Es bedeutet eine grundlegende Anpassung an die aktuelle Wirklichkeit. Es bedeutet die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Es erfordert die Demontage aller Strukturen von Herrschaft und Kontrolle, seien sie politisch, wirtschaftlich, ideologisch oder kulturell.

Es verlangt die Anerkennung, dass die kolonisierte Bevölkerung mit gleichem Recht den Aufbau des postkolonialen Gemeinwesens bestimmt. Es erfordert die Bildung eines neuen politischen Systems und einer Zivilgesellschaft, die allen ihren Bürgern sowie den nationalen, ethnischen und religiösen Gruppen, aus denen sie sich zusammensetzt, gleiche Rechte garantiert.

Es erfordert außerdem eine gerechte Umverteilung von Ressourcen, insbesondere von Land, dem Hauptziel des Siedlerkolonialismus, zusammen mit einer Anerkennung des Leids, das die Kolonisatoren verursacht haben, und einer entsprechenden Entschädigung.

Es sind solche grundlegenden Veränderungen, die notwendig sind, um eine neue, gemeinsame politische Gemeinschaft zu schaffen. Und das wiederum ist die einzige Möglichkeit, wie der Siedlerkolonialismus überwunden werden kann.

Ein politisches Programm

Die siedlerkoloniale Analyse ist in akademischen Kreisen weit entwickelt und bietet echte neue Perspektiven für einen gerechten Frieden in Palästina/Israel. Aber sie ist noch nicht in allgemeine oder politische Diskurse eingedrungen, die immer noch in notwendigerweise fruchtlosen Versuchen stecken, über einen Konflikt zu verhandeln - oder, genauer gesagt, ihn zu verwalten.

In dem Versuch, die Konfliktlösung durch den angemesseneren und berechtigteren Prozess der Dekolonisierung zu ersetzen, ist in den vergangenen drei Jahren in Haifa eine von Palästinensern geführte Initiative entstanden.

Die *One Democratic State Campaign* (ODSC) umfasst, obwohl sie noch in den Kinderschuhen steckt, Palästinenser aus jeder größeren Gemeinschaft (Bürger der Gebiete, die 1948 zu „Israel“ wurden, der besetzten Westbank und des Gazastreifens, der Flüchtlingslager und der Diaspora/Exilanten), zusammen mit ihren antikolonialen israelisch-jüdischen Verbündeten. Sie hat einen Aufruf zur Errichtung eines einzigen demokratischen Staates zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer veröffentlicht, der auch die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat beinhaltet.

Aufbauend auf der Arbeit anderer hat das ODSC auch ein politisches 10-Punkte-Programm formuliert, das den gesamten Prozess der Dekolonisierung des siedlerkolonialen Gebildes Israel durch den Aufbau eines postkolonialen Gemeinwesens und einer politischen Gemeinschaft „durchdenkt“. Sie lauten, kurzgefasst:

1. Dekolonisierung. Der einzige Weg, eine siedlerkoloniale Situation zu bewältigen, ist ein tiefgreifender Prozess der Dekolonisierung, der letztendlich zu einer neuen, gemeinsamen politischen Gemeinschaft führt.

2. Eine einzige Demokratie. Ein demokratischer Staat wird zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan gegründet werden, der all seinen Bürgern gehört, einschließlich der palästinensischen Flüchtlinge, die in ihre Heimat zurückkehren können. Alle Bürger werden gleiche Rechte, Freiheit und Sicherheit genießen. Der Staat wird eine konstitutionelle Demokratie sein, wobei die Autorität zu regieren und Gesetze zu machen von der Zustimmung der Regierten ausgeht.

3. Recht auf Rückkehr, auf Restitution und auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Der demokratische Staat wird das Recht auf Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge, die 1948 und danach vertrieben wurden, vollständig umsetzen, unabhängig davon, ob sie im Ausland im Exil leben oder derzeit in Israel oder den 1967 besetzten Gebieten. Der Staat wird ihnen helfen, in ihr Land und an die Orte zurückzukehren, von denen sie vertrieben wurden. Er wird sie dabei unterstützen, ihr

persönliches Leben wieder aufzubauen und sich vollständig in die Gesellschaft, Wirtschaft und das Gemeinwesen des Landes zu integrieren. Der Staat wird alles in seiner Macht Stehende tun, um den Flüchtlingen ihr privates und zur Gemeinschaft gehörendes Eigentum zurückzugeben und/oder sie zu entschädigen.

4. Individuelle Rechte. Kein staatliches Gesetz, keine Institution oder Praxis darf die Bürger aufgrund ihrer nationalen oder sozialen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer Sprache, ihrer Religion, ihrer politischen Meinung oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminieren. Eine gemeinsame Staatsbürgerschaft verleiht allen Einwohnern des Staates das Recht auf Freizügigkeit, das Recht, sich überall im Land aufzuhalten, und gleiche Rechte in allen Bereichen.

5. Kollektive Rechte. Im Gefüge eines einheitlichen demokratischen Staates wird die Verfassung auch die kollektiven Rechte und die Vereinigungsfreiheit schützen, unabhängig davon, ob es sich um nationale, ethnische, religiöse, klassen- oder geschlechtsbezogene Rechte handelt. Die verfassungsmäßigen Garantien werden sicherstellen, dass alle Sprachen, Künste und Kulturen sich frei entfalten und entwickeln können. Keine Gruppe oder Gemeinschaft wird irgendwelche Privilegien haben, noch wird irgendeine Gruppe, Partei oder Vereinigung die Möglichkeit haben, irgendwelche Kontrolle oder Vorherrschaft über andere auszuüben. Das Parlament wird nicht die Befugnis haben, Gesetze zu erlassen, die irgendeine Gemeinschaft im Geltungsbereich der Verfassung diskriminieren.

6. Aufbau einer gemeinsamen Zivilgesellschaft. Der Staat wird eine lebendige Zivilgesellschaft fördern, die aus gemeinsamen zivilen Institutionen besteht, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Wirtschaft. Neben der religiösen Ehe wird der Staat die Zivilehe ermöglichen.

7. Wirtschaft und ökonomische Gerechtigkeit. Unsere Vision zielt auf die Verwirklichung von Gerechtigkeit ab, und das schließt soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung ein. Die Wirtschaftspolitik muss die jahrzehntelange Ausbeutung und Diskriminierung angehen, die tiefe sozioökonomische Gräben unter den Menschen in diesem Land gesät hat. Ein Staat, der Gerechtigkeit anstrebt, muss eine kreative und langfristig umverteilende Wirtschaftspolitik entwickeln, um sicherzustellen, dass alle Bürger die gleichen Chancen haben, Bildung, produktive Beschäftigung, wirtschaftliche Sicherheit und einen würdigen Lebensstandard zu erlangen.

8. Verpflichtung auf die Menschenrechten, Gerechtigkeit und Frieden. Der Staat hält das Völkerrecht ein und strebt die friedliche Lösung von Konflikten durch Verhandlungen und kollektive Sicherheit in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen an.

9. Unsere Rolle in der Region. Das ODSC wird sich mit allen progressiven Kräften in der arabischen Welt zusammenschließen, die für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und egalitäre Gesellschaften frei von Tyrannei und Fremdherrschaft kämpfen.

10. Internationale Verantwortung. Auf globaler Ebene sieht sich das ODSC als Teil der progressiven Kräfte, die eine alternative globale Ordnung anstreben, die gerecht, egalitär und frei von jeglicher Unterdrückung, Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus ist.

Es muss noch beträchtliche Arbeit geleistet werden, um unser Programm zu konkretisieren, was mit starker Beteiligung vieler geschieht. Unsere Aufgabe in diesem historischen Moment ist jedoch klar:

die politische Arena zu betreten, ausgerüstet mit einem klaren und überzeugenden politischen Programm, einer Organisation und einer Strategie, dies alles ist erforderlich, wenn wir unsere wichtigsten Verbündeten, die weltweite Basis, effektiv mobilisieren wollen.

Ein demokratischer Staat im historischen Palästina ist keine utopische Vision. Er ist machbar, entscheidend und dringend. Die Zeit ist reif für einen umfassenden demokratischen Staat zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer.

Awad Abdelfattah ist der Koordinator der One Democratic State Campaign (ODSC). Er war früher Generalsekretär der Partei Balad/Tajamo.

Jeff Halper ist der Leiter des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAHN) und ein Gründungsmitglied der ODSC. Sein demnächst erscheinendes Buch heißt Decolonizing Israel, Liberating Palestine: The Case for One Democratic State (London: Pluto, 2021).

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://electronicintifada.net/content/it-time-one-state-solution-go-mainstream/31946>